ROTE KOMMENTARE

9.6.1969

Betriebsprojektgruppe - SDS Heidelberg - Betriebsprojektgruppe Mannheim

ÜBER DIE NICHTAUFWERTUNG DER DM

In den letzten Wochen waren die Zeitungen mit Schlagzeilen über die Aufwertungsfrage voll. Aber jeder von uns konnte feststellen: es stand nichts drin! In der Folge erfuhr Allensbach durch eine Meinungsumfrage, daß sich 87% der Bevölkerung gegen eine Aufwertung der DM aussprechen. Die Befrager kamen aber auch unzweideutig zu dem Schluß, daß kaum einer der Befragten richtig sagen konnte, was Aufwertung heißt, oder was aus dem Ausbleiben einer Aufwertung folgt. Gewiß ist jedermann offenbar, daß hier Strauß und dessen Propagandatrommel, die Bildzeitung, einen Erfolg verbuchen konnten. Andererseits wird hier deutlich, daß Gewerkschaft und SPD keinen Beitrag zur Aufklärung leisteten und sich scheuten, die Auseinandersetzung in die Bevölkerung zu tragen.

Um einerseits etwas Aufklärung nachzuholen und andererseits die Rolle der SPD und der Gewerkschaft zu erklären, müssen wir einige Zusammenhänge sichtbar machen, die in der Aufwertungsfrage wichtig sind.

1. Was sind und bedeuten Wechselkurse?

Im gegenwärtigen Währungssystem gibt es für jede Währung genau festgelegte Wechselkurse. Für eine DM erhält man z.B. 1,20 Francs oder 0,25 Dollar, bzw. für einen Dollar 4,- DM. Der Wechselkurs gibt also an, welcher Betrag einer ausländischen Währung für so und so viel DM zu bekommen ist. Für einen Internationalen Warenaustausch sind Wechselkurse immer nötig; sie machen eine Berechnung der DM-Preise in ausländische Währung möglich. (Kostet ein Fahrrad z.B. 100,- DM, so können wir den Preis in Dollar ausrechnen. Kostet ein Dollar z.B. 4,- DM, so kosten 100,- DM 25,- Dollar. Das Fahrrad kostet dann 25.- Dollar). Abgesehen von einem minimalen Spielraum sind Wechselkurse gegenwärtig starr; d.h. sie können nur durch Auf- und Abwertung geändert werden.

Eine Aufwertung heißt, daß die DM für ausländische Währungen teurer wird. Für eine DM erhalten wir somit mehr Dollar oder Francs; um eine DM zu kaufen, müssen die Ausländer mehr Geld ihrer Währung ausgeben. Deshalb macht eine Aufwertung die von uns produzierten Güter teurer für die Ausländer. Die im Ausland produzierten Güter werden für uns billiger.

Eine Abwertung heißt, daß die DM für ausländische Währungen billiger wird. Für eine DM erhalten wir also weniger Dollar oder Francs; um eine DM zu kaufen, müssen die Ausländer weniger Geld ihrer Währung ausgeben. Eine Abwertung senkt daher die Exportpreise und erhöht die Importpreise.

2. Wann ist eine Währung unterbewertet?

Jede Währung hat also einen Wert, den wir an den Wechselkursen ablesen können (eine DM hat z.B. den Wert 1/4 Dollar). Dieser Wert einer Währung kann durch Auf- und Abwerten geändert werden.

Liegt, wie augenblicklich in der BRD, ein Exportüberschuß vor (d.h. die Ausfuhr ist größer als die Einfuhr), dann ist das darauf zurückzuführen, daß die Preise (in ausländischer Währung) der von uns produzierten Güter niedriger sind als die Preise derselben Güter, die im Ausland hergestellt werden. Daher kaufen die Ausländer sehr viele Güter von der BRD (Exporte) und wir kaufen weniger Güter aus dem Ausland (Importe). In diesem Fall sagen wir, daß die Währung der BRD unterbewertet ist. Dann durch eine Aufwertung schnell ausgelastet ist. Zum zweiten ist das Arbeitskräftereservoir (vor allem für qualifizierte Arbeitskräfte) äußerst begrenzt und nach kurzer Zeit ausgeschöpft. Die erhöhte Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern kann daher nur durch gewaltige Preissteigerungen aufgefangen werden. Zwar steigen auch die Lohnsätze, da sich die einzelnen Kapitalisten mit ihren Lohnangeboten überbieten, um profitable Aufträge ausführen zu können. Aber der Nachfrageüberhang erlaubt den Kapitalisten eine Überwälzung der gestiegenen Lohnkosten auf die Preise. Die Lohnerhöhungen stehen also in keinem Verhältnis zu den Erhöhungen der Umsätze. Folglich bleiben die Lohnerhöhungen hinter den Profiterhöhungen zurück: der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt und der Anteil der Profite steigt.

Eine unterbewertete Währung, wie augenblicklich die DM, führt also zu einer überhitzten Konjunktur mit:

- sinkendem Anteil der Löhne am Volkseinkommen (d.h. die Erhöhung der Profite ist stärker als die Erhöhung der Löhne)
- einer hohen Rate der Geldentwertung (Inflation; also Instabilität der DM)

Bei einem Exportüberschuß muß der Lohnanteil sinken, da das inländische Güterangebot gerade um den Betrag des Exportüberschusses kleiner ist als unsere Güterproduktion. Ein Exportüberschuß ist immer ein Geschenk an die Kapitalisten! Als weitere Folge eines Exportüberschusses steigen die Preise im Inland, da die beabsichtigte Expansion an die Grenzen der Vollbeschäftigung (von Arbeitern und Produktionskapazität) stößt und der Nachfragedruck nur durch Preissteigerungen abgefangen werden kann. Das Ausbleiben einer Aufwertung schadet der lohnabhängigen Bevölkerung und führt zu einer einseitigen Bereicherung der Kapitalisten.

4. Warum wird nicht aufgewertet?

Die Absage der Bundesregierung an eine Aufwertung hat somit nichts mit den Interessen der Arbeiter und Angestellten zu tun. Die Bundesregierung vertrat eindeutig die Interessen des Kapitals: der Banken, der Unternehmer und vor allem der Exportindustrie.

Das Interesse der Exportindustrie an einer Verhinderung der Aufwertung liegt auf der Hand. Die Auftragseingänge in der Exportindustrie waren im letzten Monat um ca. 50 % höher als im Vorjahr. Dank der unterbewerteten DM kann die Exportindustrie hier unglaubliche Profite machen.

Soweit die Banken mit der Exportindustrie verflochten sind, haben auch die Banken ein handfestes Interesse an der Verhinderung einer Aufwertung. Darüber hinaus sind aber auch alle jene Unternehmer an der Verhinderung einer Aufwertung interessiert, die sich bei einer Aufwertung mit verstärkter Importkonkurrenz auseinandersetzen müßten. Im Schutz einer unterbewerteten DM schieben viele Kapitalisten eine relativ ruhige Kugel und stecken hohe Monopolprofite ein. Eine Aufwertung würde die Konkurrenz etwas beleben. Nur so war es denkbar, daß die Einzelinteressen der Banken, der Exportindustrie und anderer Industriezweige zu einem Ausgleich kamen und die geplante Aufwertung verhindert werden konnte. Die Herren ABS und STRAUSS waren wieder einmal erfolgreiche Vertreter ihrer Klasse.

porte) und wir kaufen weniger Güter aus dem Ausland (Importe). In diesem Fall sagen wir, daß die Währung der BRD unterbewertet ist. Denn durch eine Aufwertung würden die Preise unserer Güter im Ausland steigen und die Importpreise würden sinken. Damit würden die Exporte vermindert und die Importe vermehrt. Ob eine Währung unterbewertet ist, können wir also immer am Exportüberschuß erkennen.

3. Was sind die Folgen einer unterbewerteten Währung?

Ein Außenhandelsüberschuß bzw. -defizit kann jederzeit durch eine Aufwertung bzw. Abwertung beseitigt werden. Warum aber soll eine Gleichheit zwischen Exporten und Importen hergestellt werden? Sind denn Exportüberschüsse nicht für uns alle vorteilhaft?

Eine hohe Auslandsnachfrage (Exporte) schlägt sich in dicken Auftragsbüchern der Exportindustrie nieder. Um diese Bestellungen ausführen zu können, werden dort Überstunden eingeführt, neue Arbeitskräfte eingestellt und neue Maschinen bestellt. Die Lohnzahlungen an die neueingestellten Arbeitskräfte führen zu einer Erhöhung der Nachfrage an Konsumgütern; die Bestellung neuer Maschinen zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Investitionsgütern. Die erhöhte Nachfrage nach Konsumgütern veranlaßt die Konsumgüterindustrie wiederum zur Einstellung neuer Arbeitskräfte und zur Bestellung neuer Maschinen. In der Investitionsgüterindustrie passiert ähnliches: die vermehrten Bestellungen von Maschinen können nur ausgeführt werden, wenn neue Arbeitskräfte eingestellt werden und die Kapazität der Investitionsgüterindustrie selbst erhöht wird. Die Lohnzahlungen an die neueingestellten Arbeitskräfte in der Investitionsgüterindustrie führen ebenso zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Konsumgütern usw... Die überhöhte Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern kann aber aus zwei Gründen nicht zu einer entsprechenden Produktionserhöhung führen. Zum ersten erfordert die Erhöhung der Produktionskapazität viel Zeit, da die Kapazität der Investitionsgüterindustrie sehr

5. Die Perspektive für das kommende Jahr

Für das kommende Jahr können wir also einige schwerwiegende Veränderungen voraussagen:

1. Auf dem Güter- und Arbeitsmarkt entwickelt sich eine überhitzte Konjunktur
2. Um den Nachfragedruck abzuwehren findet eine starke Geldentwertung (Inflation) statt. Die Lebenshaltungskosten werden um ca. 6 % steigen.
3. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sinkt um einige Prozent; bzw. der Anteil der Profite steigt.
4. Bei gegebenen Wechselkursen führt die Geldentwertung (Inflation) zu einem Ausgleich des ausländischen Preisniveaus mit dem deutschen Preisniveau. In der Folge wird die Auslandsnachfrage (Export) sehr stark sinken und die Exportindustrie muß die Beschäftigung senken (Arbeitslosigkeit).
5. Die Verhinderung der Aufwertung kann somit leicht zu einer Krise wie 1966/67 führen.

Zunächst werden wir also eine starke Konjunkturbelebung erleben, die zwar eine Erhöhung der Löhne, aber auch gewaltige Preissteigerungen mit sich bringt. Die Geldentwertung (Inflation) kommt erst dann zum Stillstand, wenn das deutsche Preisniveau (bei gegebenen Wechselkursen) an das ausländische Preisniveau angepaßt ist; diese Art von Inflation wird daher auch oft Anpassungsinflation genannt. (Diese Inflation könnte durch eine Aufwertung wirksam vermieden werden, da hierdurch ein Ausgleich des Preisniveaus hergestellt würde). Da die Exportindustrie bis zu diesem Zeitpunkt noch mehr aufgebläht ist als bisher, müssen wir dann aber mit einer Arbeitslosigkeit rechnen, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaft ausbreitet. Was dabei herauskommt kennen wir nicht zuletzt aus den Jahren 1966/67.

6. Die Aufwertungsdiskussion› ein Beispiel für die Rolle der Sozialdemokratie im Kapitalismus

Angesichts der drohenden Krise, die langfristig auf die Verhinderung der Aufwertung folgt, muß man sich fragen, ob die Kapitalisten und ihre Vertreter Strauß und Abs nicht einfach kurzsichtig sind. Eine Krise sollte doch ein zu hoher Preis für kurzfristig übergroße Profite sein.
Die Wirtschaftspolitik unter Schiller hat den Kapitalisten aber gezeigt, daß jede Krise ihren Arzt und ihre Krankenkasse findet. Durch entsprechende Ausgaben- und Finanzpolitik pumpt der Staat die fehlende Nachfrage in den Wirtschaftskreislauf und sorgt dadurch für weitgehende Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum. Für einige Zeit gibt es zwar Arbeitslosigkeit und eine Schrumpfung der Effektivlöhne auf die Tariflöhne, aber schon bald wird die staatliche Politik wirksam. Über kurz oder lang wird diese Politik zu einem großen Teil aus den Steuerzahlungen der Lohnabhängigen bezahlt. Ein großer Teil unserer Steuern dient also nur dazu, die Folgen einer kapitalistischen Produktion zu beseitigen. Wenn nun die Kapitalisten wirksam eine Aufwertung verhindern konnten, so geschah dies mit der Gewißheit, daß die Wirtschaftspolitik im Falle einer Krise die gröbsten Schädigungen der Profite ausbügeln wird.

1966/67 mußte die SPD (und mit ihr Schiller) eine Verschärfung der Krise verhindern und durch eine entsprechende Ausgabenpolitik einen erneuten Aufschwung einleiten. Damals fiel das Wort von der "sozialen Symmetrie", wobei nach erfolgtem Aufschwung ein kräftiger Wachstum der Löhne verwirklicht werden sollte. Mit der "konzertierten Aktion" hatten die Gewerkschaften und Schiller dieses Konzept unterstützt. Damit haben sie sich zum Krisenmanager und Sachverwalter des Kapitalismus gemacht. Jetzt sind die Kapitalisten nicht mehr auf ihre Spielgefährten (schiller und die Gewerkschaften) angewiesen; die Auftragsbücher sind wieder voll und die "Herren" fühlen sich wieder wohl im Sattel.
Daraus müssen Lehren über die Sozialdemokratie und die Politik der Gewerkschaften gezogen werden. Die Aufwertungsauseinandersetzung hat gezeigt:

1. Weder die SPD noch die Gewerkschaft haben die Lohnabhängigen über die Zusammenhänge aufgeklärt. Folglich konnten auch beide Organisationen keine umfassenden Maßnahmen für eine Aufwertung ergreifen (z.B. Streiks oder andere Kampfmaßnahmen).

2. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben nur so lange einen Einfluß auf politisch wirksame Entscheidungen, als ihre Politik mit den Interessen der Kapitalisten übereinstimmt.

3. SPD und Gewerkschaft setzen nicht einmal die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen im Kapitalismus durch.

4. Der Grund dafür liegt auf der Hand: SPD und Gewerkschaft vertreten nicht mehr die Werktätigen gegen die kapitalistische Ausbeutung. Ihr Interesse konzentriert sich vielmehr auf die langfristige Funktionstüchtigkeit des Kapitalismus. Ihre Streitigkeiten mit den Kapitalisten fechten sie folglich nicht in den Betrieben aus, sondern in den Büroräumen der Unternehmer.

(Elmar Urhstätter, s. auch Diskus Juni 69)

Am 15. gehts los –
die taktische Verzögerung
nutzt den Herren nichts

Die Misere der Heidelberger Verkehrsmittel ist nur ein Ausdruck der unzureichenden Sozialpolitik eines kapitalistischen Staates. Der Staat finanziert die Sektoren, die nicht direkt der Kapitalakkumulation dienen (Wohnungsbau, Ausbildung, Verkehrsmittel) nur soweit, wie es zur Aufrechterhaltung des Arbeitskräftepotentials unbedingt notwendig ist.

Unser Protest und Widerstand gilt daher nicht nur Zundel und seinen Freunden in SPD und CDU, sondern einem System, das die Profitinteressen weniger gegen die Bedürfnisse der Vielen ausspielt. D.H. unsere Protestaktionen müssen so angelegt sein, daß sie über Heidelberg hinaus den Herrschenden klar machen, daß ihre Macht Grenzen hat, und immer mehr Arbeiter, Schüler und Studenten die Durchsetzung ihrer Interessen in die eigene Hand nehmen und gegen die kapitalhörige Politik des Staates kämpfen.

In der Boxberg-Siedlung hat sich jetzt eine Gruppe von Bürgern auf Initiative der Jungsozialisten zur Selbsthilfe organisiert. Sie versuchen, die rücksichtslose Wohnungsbaupolitik der Stadt durch Selbsttätigkeit zu unterlaufen und die notwendigen sozialen Einrichtungen (Kinderhort, Spielplätze usw.) selber zu organisieren. Sie müssen sich allerdings klar darüber sein, daß jene Versäumnisse der Stadt keine zufälligen Pannen sind. Solange sie nicht erkennen, daß der Fehler im System liegt, wird bloße Unterlaufungstaktik nur begrenzte Auswirkungen haben, und der Stadt nur unangenehme Arbeit abnehmen, ohne den Fehler selber zu bekämpfen.

Weder die Fahrpreiserhöhung noch der Wohnungsbau lassen sich von den übrigen sozialpolitischen Problemen trennen. Mit den Protestaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung können wir aber beispielhaft gegen diese Sozialpolitik kämpfen.

Um die Protestaktionen möglichst effektiv zu gestalten, schlägt der Asta folgende Strategie vor: In den ersten 3 Tagen nach der Preiserhöhung wird die Zahlung und die Kontrolle der Fahrausweise verweigert. Zugleich sollte die Diskussion über die Fahrpreiserhöhung und ihre Hintergründe massenhaft unter den Straßenbahnbenutzern geführt werden. Wir dürfen dabei nicht außer Acht lassen, daß die Straßenbahnschaffner wegen der kapitalistischen Betriebsführung (z.B. infolge von Rationalisierungsmaßnahmen) selber vom Rausschmiß bedroht sind, nicht der Gegner in unseren Aktionen sind. Wir müssen versuchen, sie in den Aktionen für uns zu gewinnen. Wenn der Boykott und die Diskussionen zu in den Straßenbahnen zu keinem Erfolg führen, müssen wir zu anderen Aktionsformen bis zur Blockade der Straßenbahn greifen.

Unsere Aktionen sind dann erfolgreich, wenn es gelingt, den Herrschenden zu zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns auf die Dauer eine unsoziale Sozialpolitik gefallen zu lassen.

- Organisiert euch im Betrieb und in den Wohnbezirken in Basisgruppen, um die Maßnahmen der Herrschenden allseitig und effektiv zu bekämpfen.

- Diskutiert mögliche Aktionsformen gegen solche Maßnahmen.

- Beteiligt euch solidarisch an den Widerstandsaktionen gegen die Abwälzung aller Schwierigkeiten auf die Lohnabhängigen.

- Unterstützt euch gegenseitig gegen die Wucherpreise der Straßenbahn, indem ihr rote Punkte in euer Auto klebt und euch gegenseitig mitnehmt.

Den Verantwortlichen ist die Sache mit den Straßenbahnfahrpreisen äußert peinlich. Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die Herren mit dem Geld der Lohnabhängigen so leichtfertig umspringen, wie sie es tatsächlich tun, bat sich der Regierungspräsident Munzinger Bedenkzeit aus, bevor er seinerseits der Fahrpreiserhöhung auf Kosten der Verbraucher zustimmte.

Was haben wir bei diesem Bühnentrick gewonnen?

Einige kosmetische Veränderungen im Tarifgebäude und eine oberflächliche Selbst.-kritik der Herren selber, die an der Sache für die Betroffenen nichts ändert.

Im letzten "Roten Kommentar" haben wir analysiert, daß die privatwirtschaftliche Führung der HSB einen Vorwand dafür abgibt, möglichst viele Kosten auf die Preise zu Lasten der Benutzer abzuwälzen. Indem die Antwort des Regierungspräsidenten jenen kritischen Punkt bloß erwähnt, ohne etwas gegen die Profitwirtschaftlichkeit der HsB unternehmen zu wollen und nur auf irgendwelche "gesetzgeberische Maßnahmen " hofft, verschafft sich die Bürokratie nichts weiter als ein Alibi. Hier zeigt sich, daß das "Wenn" und "Aber" der Bürokratie und die Forderung nach "gesetzgeberischen Maßnahmen" nur zu verschleiern sucht, daß ein Staat , der die Interessen des Kapitals vertritt, keine effektiven Maßnahmen zugunsten der Lohnabhängigen ergreifen wird.

Im übrigen würde eine andere Eigentumsform der Heidelberger Straßenbahnen wegen der kapitalfreundlichen Steuerpolitik des Staates nichts ändern. In Stuttgart z.B. , wo die öffentlichen Verkehrsmittel in der Hand der Stadt sind, ist die Misere die gleiche. Da die meisten Steuergelder nach Bonn fließen und dort zugunsten des Kapitals verteilt werden (Rüstungsaufträge usw.), ist es den finanzschwachen Gemeinden unmöglich, Aufgaben zur Befriedigung kollektiver Interessen der Lohnabhängigen zu lösen:

Am Donnerstag, dem 12.6.69
findet ein teach-in über die
Strassenbahnaktionen statt.
20°° Uhr, Hörsaal 13, Neue Universität

Im nächsten "Roten Kommentar"
berichten wir über Konflikte
in Heidelberger Betrieben.